



Esther Dilcher, MdB

Wahlkreis Waldeck

Der Newsletter

Liebe Leserinnen und Leser,
in meinem Newsletter gebe ich einen Überblick über meine Arbeit im
Wahlkreis und in Berlin.
Ich freue mich über Rückmeldungen, Fragen und Anregungen.

Aus der Hauptstadt:

- Hessen SPD trifft Hessen SPD
- Mehr Inklusion im Arbeitsleben
- Fraktion im Dialog – Was passiert mit unseren Häfen?
- Willkommen in Berlin! – Zuwachs im Berliner Abgeordnetenbüro
- Doppelt hält besser – Praktikum im Berliner Büro
- Fachgespräch zum Vormundschaftsrecht
- Bundesminister Lauterbach zu Gast – Was wird aus unseren Krankenhäusern?

Aus dem Wahlkreis

- Abgeordnete im Bäckerpraktikum
- Schlagabtausch: Werden Hessens Autobahnen vergessen?

Hessen SPD trifft Hessen SPD:

Die Hessische Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten blieb bei ihrer Landesgruppensitzung in dieser Woche „hausintern“. Zu Gast war der Generalsekretär der Hessen-SPD Christoph Degen, der sich mit den Abgeordneten zu der anstehenden Landtagswahl in Hessen austauschte: Wie werden sich Entscheidungen der Ampel in Berlin auf die Landtagswahl in Hessen auswirken, welche Themen sind aus Hessen auf Bundesebene von zentraler Bedeutung?

„Ich habe mich sehr gefreut Chris heute in Berlin zu sehen“, so Esther Dilcher. „Der direkte Austausch ist und bleibt uns wichtig.“



Hessische Landesgruppensitzung - Esther Dilcher, Edgar Franke, Christoph Degen, Timon Gremmels (v. links nach rechts)

Mehr Inklusion im Arbeitsleben

Mit der in dieser Woche stattfindenden 2./3. Lesung des Gesetzes zum inklusiven Arbeitsmarkt werden Unternehmen künftig dazu verpflichtet, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen. Dabei greift die Beschäftigungspflicht weiterhin erst bei Betrieben, die im Jahresdurchschnitt über monatlich mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen. Arbeitgeber, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, müssen künftig eine höhere Abgabe zahlen. Außerdem sollen höhere Lohnkostenzuschüsse eingeführt werden für Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen. „Bei der Frage der Herstellung gesamtgesellschaftlicher Inklusion müssen auch Unternehmen ihren Beitrag leisten“, so Esther Dilcher. „Mit dem Gesetz schaffen wir die Voraussetzungen, dass diese künftig ihren Beitrag zu einem inklusiveren Arbeitsmarkt leisten.“

Wir wollen, dass mehr Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigung finden. Das sorgt für mehr Teilhabe, für mehr Gerechtigkeit – **und für einen stärkeren Arbeitsmarkt.**

»Es ist ökonomischer Unfug, die Potenziale von Menschen mit Behinderung nicht zu erkennen. Aber es ist auch sozial ungerecht!«

— Arbeitsminister
Hubertus Heil



Foto: picture alliance/dpa | Bernd von Jutrczenka

Fraktion im Dialog – Was passiert mit unseren Häfen?

Am Dienstagabend lud die SPD-Bundestagsfraktion zum Dialog über die Zukunft des Hafen- und Schifffahrtsstandorts Deutschland ein. Die Binnenschifffahrt kann in Hessen eine Vielzahl von Wasserstraßen nutzen. Zu den wichtigsten gehören der Rhein, der Neckar, der Main und die Weser. Diese Bundeswasserstraßen führen zu den wichtigsten europäischen Seehäfen. Von dort werden die meisten Güter weltweit verschifft. Gemeinsam mit über 100 Branchenvertretern wurde unter anderem über wettbewerbsfähige Seehäfen, zukunftsfeste Jobs in der Schifffahrt sowie klimaneutralen Schiffsverkehr diskutiert. Ein modernes Binnenschiff kann 100 bis 200 Lkw ersetzen. Auch Hessens Wasserstraßen sollen zukünftig wichtige Güterverkehrsdrehscheiben bleiben und insbesondere zur Entlastung der Straße vom Güterverkehr beitragen.

““

Themen erst dann zu diskutieren, wenn die Zeit drückt, ist nicht der richtige Weg“, so die Abgeordnete Esther Dilcher. „Wir möchten Deutschland und seine See- und Binnenhäfen als starken Schifffahrtsstandort auch in Zukunft erhalten und bestmöglich fördern!“



Fraktion im Dialog - zum Thema
Hafenstandort Deutschland



v.l.n.r. Susanne Mittag
(verkehrspolitische
Sprecherin der SPD),
Esther Dilcher & Dorothee
Martin
(landwirtschaftspolitische
Sprecherin der SPD)

Willkommen in Berlin! – Zuwachs im Berliner Abgeordnetenbüro

Im April gab es im Berliner Abgeordnetenbüro einen Mitarbeiterwechsel. Künftig wird Faruk Yildiz die Abgeordnete als Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei ihrer Arbeit im Rechtsausschuss unterstützen. Zunächst hatte der frisch gebackene Diplom-Jurist aus dem Wahlkreis nur vor sich für ein Praktikum zur Überbrückung bis zur Einstellung in den Referendariatsdienst zu bewerben. Manchmal geht es eben schneller als man denkt – Herzlich willkommen im Team!

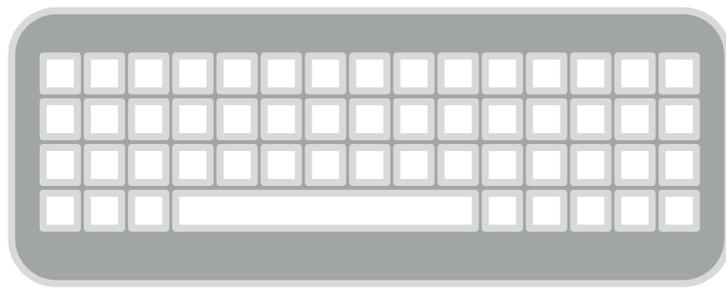
Fachgespräch zum Vormund- schaftsrecht

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit ihrer Vorsitzenden Ulrike Bahr (SPD) lud die Rechts- und Familienpolitikerinnen und Politiker in dieser Woche zu einem Fachgespräch ein. Thema war die Weiterentwicklung des seit dem 01.01.2023 geltenden Vormundschaftsrechts. Im Rahmen dieser erstmaligen Evaluation wurden überwiegend positive Bewertungen der Reform getroffen, obgleich die Fallzahl von 50 pro Vormund hoch bleibt. Wichtiges Anliegen war den Teilnehmenden des Gesprächs, neben Praktikern von Verbänden und Gerichten auch Betroffene zu Wort kommen zu lassen – ein Dialog auf Augenhöhe.

„Ich finde es toll, dass in dieser Angelegenheit nicht über die Köpfe derer hinweg gesprochen wird, die die Betroffenen sind, sondern im Gegenteil die besten Expertinnen und Experten darstellen – nämlich ehemalige unter Vormundschaft stehende Mündel selbst“, so Esther Dilcher.

Doppelt hält besser – Praktikum im Berliner Büro

Seit der letzten Woche wird das Abgeordnetenbüro in Berlin zudem durch die neue Praktikantin Gina Zmudzinski unterstützt. Die Jurastudentin wird im Rahmen ihres Praktikums ebenfalls die Arbeit im Rechtsausschuss begleiten und spannende Einblicke in die praktische Tätigkeit einer Abgeordneten erhalten.



Eine von zwei Schalten heute mit dem BMEL und den Berichterstattem - so lassen sich Termine auch noch kurzfristig in den vollen Tagesplan einbauen.

Bundesminister Lauterbach zu Gast – Was wird aus unseren Krankenhäusern?

Die Arbeitsgemeinschaft Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion erhielt in dieser Woche Besuch von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, um mit ihm über den Stand bei der Krankenhausstrukturreform sowie die aktuellen Pläne zur Stabilisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu sprechen. Seit 20 Jahren hat es keine größere Reform mehr gegeben.

Karl Lauterbach,
Bundesgesundheitsminister



Esther Dilcher mit Andreas Schwarz (Berichterstatter für den Verteidigungshaushalt im Haushaltsausschuss)



Selbst große Kliniken in Kommunen erwirtschaften Defizite von bis zu 8 Millionen Euro pro Monat. Das könnte dazu führen, dass nur noch private Kliniken überleben. Das müssen wir unbedingt verhindern! Grundlegende Veränderungen sollen daher eine zunehmende Unterscheidung von Grund- und Spezialversorgungsstandorten mit sich bringen. Die von der Bundesregierung eingesetzte 17-köpfige Expertenkommission empfiehlt die künftige Behandlung von Patienten „mehr nach medizinischen und weniger nach ökonomischen Kriterien“.

Abgeordnete im Bäckerpraktikum

Mitte April konnte Esther Dilcher bei Obermeister Michael Bienhaus in Battenberg ein Praktikum in der Backstube absolvieren. Frühstmorgens ging es los, damit die Menschen vor Ort frische, warme Backwaren zum Frühstück bekommen.

Nach getaner Arbeit durfte auch eine leckere Backproben nicht fehlen.



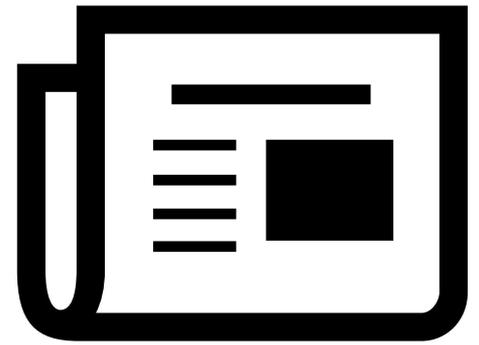
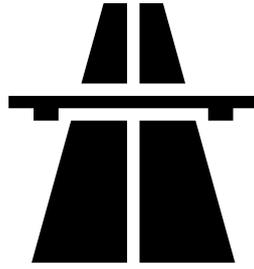
“

Für mich ist es besonders wichtig, verschiedene Berufe aktiv kennenzulernen. Nur so kann man als Politikerin die aktuellen Herausforderungen der Branche und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstehen und passgenau politisch handeln.

**Aus dem
Wahlkreis**

Esther Dilcher, MdB
Wahlkreis Waldeck

#EchtEsther
#NatürlichNordhessen



Pressemitteilung

Schlagabtausch: Werden Hessens Autobahnen vergessen?

Die Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher stellt fest, dass Armin Schwarz (CDU) sich im Wahljahr 2023 schon früh mit leerem Wahlkampfgetöse und fehlerhaften Informationen hervorhebt.

„Herr Schwarz kritisiert in der WLZ vom 18.04.2023, dass 144 Autobahnprojekte im VBE für eine zügige Umsetzung vorgesehen seien, davon keines in Nordhessen. Dabei entgeht ihm, dass VBE Vorrangiger Bedarf Erweiterung bedeutet, also Projekte zur Engpassbeseitigung, in der Regel durch den Bau einer weiteren Fahrbahn. Die A44 und die Bergshäuser Brücke sowie der Ausbau der Anschlussstelle Baunatal-Mitte können daher gar nicht darunter fallen“, so Esther Dilcher.

„Der Neubau der A44 ist ein Projekt der Deutschen Einheit, das bereits per Gesetz zügig umgesetzt werden muss. Der Ersatzneubau der Bergshäuser Brücke soll ebenfalls so schnell wie möglich verwirklicht werden, da die rechnerische Restnutzung der bisherigen Brücke 2028 endet.“

„Ich finde es erstaunlich, dass sich gerade ein ehemaliger Landtagsabgeordneter über Verkehrsprojekte beschwert. Die Verantwortung für Bau und Erhalt der Autobahnen lag bisher beim Land Hessen. Der Bund hat erst seit 2021 überhaupt die Möglichkeit, die jahrelangen Versäumnisse der schwarz-grünen Landesregierung aufzuholen. Auch andere Projekte wie der A-49 Knoten bei Baunatal-Mitte verzögern sich beim hessischen Verkehrsministerium als Planfeststellungsbehörde. Die Anschlussstelle Baunatal-Mitte ist nicht nur ein wichtiges Infrastrukturprojekt für VW, sondern auch aufgrund des allgemeinen Verkehrsaufkommens erforderlich.“, so die Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher. Dazu führte die Abgeordnete diese Woche ein Gespräch mit der Autobahn GmbH.

„Ich erhoffe mir eine konstruktive, produktive und vor allem zügige Zusammenarbeit seitens der Landesebene mit dem Bund und der Autobahn GmbH, um unsere nordhessische Infrastruktur zu erhalten und weiter zu stärken“, schließt Esther Dilcher (die die Priorisierung der gesamten Projekte für Nordhessen bestätigte.)

V.i.S.d.P.: Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin



esther.dilcher@bundestag.de



030-227-75113

-6-



www.estherdilcher.de



@esther.dilcher



@estherdilcher